

## Eine gute Bodenpolitik ist möglich

Stand Dezember 2020

### Die wichtigsten Forderungen

Gesunde Böden sind im eigenen Interesse der Menschen notwendige Grundlage für gesunde Lebensmittel, gute Luft, angenehme Temperaturen, ausreichend viel und sauberes Wasser, Gesundheitsschutz und Naturerleben. Daher fordert der BUND Rheinland-Pfalz von Landes-, Regional- und Kommunalpolitik und deren Behörden einen engagierten, vorausschauenden, enkeltauglichen Bodenschutz.

Insbesondere durch Maßnahmen...

#### ...in der Landwirtschaft:

- 1) Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide.
- 2) Förderung der Erhaltung von artenreichem Dauergrünland.
- 3) Förderung einer ganzjährigen Bodenbedeckung zur Erosionsminderung und zum Erhalt des Bodenlebens.
- 4) Förderung einer strukturreichen Agrarlandschaft zur Erosionsminderung und zum Erhalt der Artenvielfalt.
- 5) Vorschriften zur Verwendung kleiner und leichter Maschinen und insbesondere witterungsabhängiger Befahrung der Flächen, um Bodenverdichtung zu vermeiden.
- 6) Extensive Weidehaltung (max. 2 GVE/ha) zur Verringerung von Treibhausgasemissionen aus Böden.
- 7) Verringerung der Mikroplastikeinträge über Klärschlamm, Folie und Gummis, Bindemittel usw.
- 8) Förderung vielfältiger, sich selbst regulierender Anbausysteme in kleinbäuerlicher Landwirtschaft mit geschlossenen Kreisläufen, z. B. in Anlehnung an Prinzipien der Permakultur.
- 9) Einsatz für Lebensmittelpreise, die die Wertschätzung der landwirtschaftlichen Arbeit widerspiegeln und die Kosten zur Behebung von entstandenen Umweltschäden beinhalten.

#### ... in Naturschutz und Bauwesen:

- 10) Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes § 15, um Streuobstwiesen unter Biotopschutz zu stellen.
- 11) Aufstellung eines Landesbodenschutzkonzepts.
- 12) Einführung von Schwellenwerten für Neubau von Gewerbe und Verkehrsfläche.
- 13) Anpassung aller Schwellenwerte für Neubauf Flächen an 30 Hektar bzw. Netto-Null Ziel.
- 14) Anpassung der Vorgaben des Landesentwicklungsplans an das Nachhaltigkeitsziel der Landesregierung.
- 15) Förderung von flächenschonenden Bauweisen.
- 16) Aufbau einer Flächenkreislaufwirtschaft.
- 17) Einsatz der Landesregierung gegen bundesweite Bestrebungen, dörfliches Bauen ohne UVP dauerhaft zu erlauben.